

Berlin, 11. Dezember 2015

Ordentlicher Bundesparteitag in Berlin vom 10. – 12. Dezember 2015

Beschluss - Nr. 8

Mehr Zeitautonomie für junge Menschen schaffen - Engagement ermöglichen

„Junge Menschen brauchen Zeit und Raum für ihre eigene Entwicklung und das Meistern der Übergänge. Das lässt sich nicht gesellschaftlich normieren und darf nicht den Interessen von Staat und Wirtschaft untergeordnet werden. Jugendliche wachsen in eine bestehende Gesellschaft hinein, die immer mehr Erwartungen und Anforderungen an die jungen Menschen stellt. Darunter darf aber die Persönlichkeitsentwicklung nicht leiden. Notwendig ist vielmehr der angemessene Ausgleich zwischen Anregung durch die Gesellschaft mit ihren Sozialisationsinstanzen und der selbständigen Aneignung von Räumen, Werten und Verhaltensweisen durch die jungen Menschen.“ (Beschluss des SPD Parteikonvents 2012)

Dieses Leitbild gilt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten noch immer. Junge Menschen meistern ihr Leben weitgehend selbst. Und wir wollen ihnen die Freiräume geben, um ihr Leben besser selbst gestalten zu können.

Das ist nicht immer konfliktfrei. Jungen Menschen eröffnen sich heute einerseits viele neue Möglichkeiten und Chancen. Andererseits sind sie auch mit mehr Anforderungen und Erwartungsdruck konfrontiert, die auch zum Risiko für die individuelle Entwicklung werden können. Grundsätzlich können wir folgende Trends beobachten:

Der Leistungs- und Erwartungsdruck an Jugendliche ist gestiegen

Der gestiegene Leistungs- und Erwartungsdruck gilt für die Gesellschaft insgesamt, trifft aber insbesondere Jugendliche, die immer wieder Übergänge bewältigen müssen. Im gesellschaftlichen Diskurs zeigt sich das etwa an der Diskussion um den Demographischen Wandel, bei dem Jugend meist nur als Ressource gesehen wird. Entsprechend wissen junge Menschen sehr gut, dass für einen guten Einstieg in den Arbeitsmarkt ein guter Bildungsabschluss die Voraussetzung ist. Das zeigt sich exemplarisch an der nochmals gestiegenen Bedeutung hoher Schulabschlüsse: Wollte in den 90er Jahren bereits die Hälfte der 13-18jährigen über alle Schulformen hinweg das Abitur erreichen, so waren es 2012 schon mehr als 75%! Bei einer Abiturientenquote von 57% in 2012 heißt das zugleich: ein Teil der Jugendlichen bleibt dabei hinter ihren Wünschen und Erwartungen zurück und scheitert bei dem Versuch, die (Fach-)Hochschulreife zu erlangen.

Digitale Medien verändern den Alltag von Jugendlichen

Jugendliche wachsen heute selbstverständlich mit digitalen Medien auf und nutzen sie daher auch stärker als andere Altersgruppen. Der Besitz des ersten Handys fällt überwiegend bereits in die Grundschulzeit – und er eröffnet zusammen mit anderen digitalen Kommunikationsmedien neue Freiräume. Digitale Medien helfen dabei, das Sozialleben zu planen, die Hausaufgaben zu erledigen oder Kontakte zu pflegen – ohne Kontrolle durch Eltern oder Lehrer und auch dann und dort, wo aufgrund von Zeit- und Mobilitätsmangel persönliche Treffen nicht möglich sind.

Doch die digitale Mediennutzung kann zugleich sozialen Druck verursachen. Wer konkurrenzfähig und nicht ausgeschlossen sein will, muss vernetzt sein. Und die Verarbeitung der wachsenden Datenflut nimmt immer mehr Zeit in Anspruch.

Die Lebenslagen Jugendlicher driften auseinander

Die Ausgangslagen junger Menschen beim Umgang mit den aktuellen Anforderungen sind sehr unterschiedlich. Sie unterscheiden sich zunehmend stärker nach sozio-ökonomischer Herkunft, aber auch nach dem Wohnort – in der Stadt oder auf dem Land.

Ein Teil der jungen Menschen münzt die neuen Herausforderungen entsprechend in Chancen um und profitiert von der Offenheit unserer Gesellschaft. Sie bewältigen ihr Leben kompetent und souverän; sie sind die Modernisierungsgewinner/innen. Ein weiterer großer Teil bewältigt die Herausforderungen mit Schwierigkeiten, kommt einigermaßen zurecht, hat aber Sorge vor dem gesellschaftlichen Abstieg und dem Versagen. Eine dritte, kleinere Gruppe aber setzt sich aus den „Ausgeschlossenen“ zusammen. Diese „20% der jungen Menschen schickt die Gesellschaft im Paddelboot auf den Sturm des Ozeans“ (Christian Lüders).

Freiwilliges Engagement Jugendlicher verändert sich

Junge Menschen engagieren sich in einem umfangreichen Maße und in der Regel über längere Zeiträume hinweg. Vorliegende Studien (Shell Jugendstudie, AID:A, Freiwilligensurvey, SOEP) lassen keinen gravierenden Wandel im Sinne einer abnehmenden Beteiligung erkennen. Laut Freiwilligensurvey sind seit 1999 konstant rund 35 Prozent der 14 bis 30-Jährigen freiwillig engagiert – dieser Anteil entspricht in etwa dem Durchschnitt des Engagements in der Gesamtbevölkerung. Ein leichter Rückgang des Engagements zeigt sich jedoch unter jüngeren Altersgruppen (z.B. 14-24): Ein Trend, der in den älteren Altersgruppen nicht festzustellen ist. Mit diesem Rückgang korrespondiert die abnehmende Bereitschaft zum Engagement bisher Nichtengagierter in jüngeren Altersgruppen allgemein.

Andere Veränderungen, die im Engagement junger Menschen auszumachen sind, betreffen zum einen die Sozialstruktur des jungen Engagements. Diese zeigt sich in einer „bildungsspezifischen Auswahl im Engagement“ Jugendlicher. Zum anderen hat sich das Engagement jüngerer Altersgruppen in qualitativer Hinsicht verändert. So ist es nicht nur selbstbezogener, sondern auch ernster und fokussierter geworden sowie mittlerweile stärker mit der Suche nach Orientierung verbunden.

1. Unsere Ziele

Wir wollen allen Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen ein freies und selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Dazu gehört neben guter Bildung die Möglichkeit, über Freiräume zu verfügen, auch um sich ausprobieren zu können. Nicht alles Handeln sollte von vorneherein auf die Nützlichkeit für das spätere Erwerbsleben ausgerichtet werden. Gleichzeitig gilt auch: Jugendliche erwerben Kompetenzen im Rahmen von Freizeitaktivitäten, ehrenamtlicher Arbeit oder im Rahmen der Bildungsarbeit von

Jugendverbänden. Wenn sie diese informell und non-formal erworbenen Kompetenzen für ihre berufliche Entwicklung nutzen wollen, sollten dafür Möglichkeiten der Anerkennung eröffnet werden.

Jugend ist eine Phase der Orientierung. Ob diese Orientierung gelingt oder scheitert, ist wichtig für den gesamten weiteren Lebensweg. Deshalb müssen jungen Menschen bestmögliche Rahmenbedingungen für ihr Aufwachsen und ihre Entwicklung zur Verfügung gestellt werden. Orientierung bedeutet aber auch, Fehler machen zu können um diese später wieder korrigieren zu können. Auch und gerade in der Jugendphase sind es nicht unbedingt immer die glatten Lebensläufe, die zum Ziel führen.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der solche Freiräume für junge Menschen akzeptiert sind. Gleichzeitig haben wir das Bild von mündigen jungen Menschen, die selbst entscheiden können, welche Freiräume sie nutzen wollen. Denn wir wollen das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Spiel, Erholung und kulturelle Teilhabe (Art. 31 der UN-Kinderrechtskonvention) achten. Dazu gehört auch, Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass es Jugendlichen tatsächlich möglich ist, freie Zeit selbst einteilen und bestimmen zu können sowie freie Räume zur Verfügung zu haben.

Freies Spiel bzw. selbstbestimmte Aktivitäten und Zeit zur Erholung haben einen Selbstwert: Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen dürfen nicht nur pädagogisch angeleitet sein oder einem speziellen Bildungszweck dienen. Freie Zeit und die Möglichkeit zum unbeobachteten Rückzug sind unentbehrlich für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Wir wollen mit diesen Freiräumen Zeitfenster für selbstbestimmte Aktivitäten und für freiwilliges Engagement im Tages-, Wochen-, und Lebensverlauf schaffen. Politik darf die Phase der Jugend nicht so ausgestalten, dass weder Zeit noch Raum bleibt, sich freiwillig zu engagieren.

Kinder- und Jugendverbände beispielsweise sind originäre Aktionsfelder, die die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ermöglichen. Sie sind Plattformen des selbstorganisierten Engagements und geben jungen Menschen Gestaltungs-, Teilhabe- und Entscheidungsoptionen, die sie sonst nicht haben. So wirken sie als Werkstätten der Demokratie, in denen junge Menschen Fähigkeiten und Haltungen, die im politischen Leben nötig sind, nicht nur theoretisch lernen, sondern auch ganz praktisch erfahren.

Für uns ist klar: Es ist Aufgabe der Politik, Engagement zu ermöglichen und in seiner Vielfalt zu fördern, statt es zu verordnen. Überlegungen zu einem sozialen Pflichtjahr erteilen wir eine deutliche Absage.

II. Handlungsansätze

Politik kann Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben junger Menschen setzen. Sie kann aber nicht allein gesellschaftliche Überzeugungen verändern. Wenn wir mehr Freiräume für junge Menschen erreichen wollen, müssen wir also mehr tun:

Wir müssen Möglichkeiten für Freiräume schaffen.

Wir müssen Institutionen hin zu Partizipation und freiheitlicher Entwicklung verändern.

Und wir müssen einen gesellschaftlichen Diskurs darüber anstoßen, was die zunehmende Institutionalisierung und Verzweckung der Kinder- und Jugendzeit bedeutet.

Dabei orientieren wir uns an verschiedenen Lebensphasen, die eng mit dem Besuch unterschiedlicher Bildungs- und Arbeitsinstitutionen zusammenhängen

1. Mehr Freiräume in der Schulzeit

Ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen nutzt mittlerweile ganztägige Angebote an Schulen.

Das zeigt: das sozialdemokratische Projekt des Ausbaus von Ganztagsschulen ist ein Erfolg und setzt sich mehr und mehr durch.

Der Ausbau der Ganztagsschulen wurde jedoch sehr unterschiedlich bewältigt. Zum Teil waren Schulen sehr gut in der Lage, den Wandel konzeptionell und pädagogisch zu gestalten. Zum Teil handelte es sich aber auch um einen bloßen Aufwuchs der Stundentafeln im Zuge der Umsetzung der Schulzeitverkürzung an Gymnasien in den alten Bundesländern.

Für uns gilt auch weiterhin:

Erstens: Wir wollen, dass Jugendliche länger gemeinsam lernen.

Zweitens: Wir wollen eine Ganztagsschule mit einem pädagogischen Konzept, in dem sich über den ganzen Tag hinweg Lern- und Freizeitangebote miteinander verbinden. In ein solches Konzept können Jugendhilfe, Jugendarbeit, Musikschulen, Vereine und Verbände gezielt eingebunden werden. Hierzu braucht es die inhaltliche Verschränkung von Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung und die konsequente Beteiligung junger Menschen an richtungsweisenden Entscheidungen, die sie und die Gestaltung ihrer Schule betreffen.

Denn auch wenn mehr Zeit in der Schule von einigen als Druck und Einschränkung empfunden werden mag – für andere bedeutet sie vor allem eine Verbesserung von Lebensqualität, durch gemeinsame Mahlzeiten, Zugang zu Sport, Musik etc. Für sie geht es also weniger um zeitliche Autonomie als um das „sinnvolle“, d.h. persönlichkeitsfördernde Füllen von Zeit.

Mehr Freiräume innerhalb der Ganztagsschule schaffen

Den unterschiedlichen sozialen Ausgangslagen von Jugendlichen muss Ganztagsschule Rechnung tragen. Sie muss mit unterschiedlichen Orten und sozialen Bedingungen so organisiert sein, dass die Vorteile non-formaler Bildung mit dem Ganztag verbunden werden und möglichst viele Freiräume und alternative Angebote innerhalb des Systems bestehen.

Dabei muss jedoch der Zugang zu den Schulen für die Träger der non-formalen Bildung gewährleistet sein. Die Entscheidung darüber, wer wie wo und wann an die Schule darf, kann nicht von den persönlichen Präferenzen der Schulleitung abhängig sein.

Auch in der perfekten Ganztagsschule brauchen Kinder und Jugendliche zeitliche Freiräume außerhalb von Schule. Nicht alles kann an und in Schule angeboten werden.

Einheitliche freie Ferienwochen

Für junge Menschen aus verschiedenen Bundesländern müssen gemeinsame Aktivitäten möglichen sein. Wichtige Voraussetzung dafür sind abgestimmte Ferienzeiten. Wir streben deshalb in Zukunft wieder zwei gemeinsame Sommerferienwochen an.

Keine Hausaufgaben an Ganztagsschulen

Für alle Schülerinnen und Schuler muss es möglich sein, schulische Aufgaben bis spätestens 16 Uhr erledigt zu haben. Das heißt auch: in Ganztagsschulen muss nach Schulende tatsächlich Freizeit sein.

Hausaufgaben darf es hier nicht mehr geben. Das pädagogisch sinnvolle und für den Lernerfolg nötige Üben und Anwenden von Erlerntem wird dadurch nicht abgeschafft, sondern in einen gut rhythmisierten Schulalltag integriert und professionalisiert. Einige Länder haben dies bereits in Arbeit, in anderen müssen die Hausaufgabenerlasse entsprechend neu geregelt werden.

Demokratisierung von Schule

Zur qualitativen Verbesserung von (Ganztags-)Schule gehört auch die weitere Stärkung demokratischer Strukturen. Wir wollen mehr und vor allem rechtlich verankerte Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, z.B. eine Mitbestimmung bereits in der Grundschule und die Einführung einer Drittelparität in den Sekundarstufen. Denn mehr altersangemessene Mitspracherechte für Schülerinnen und Schüler verbessern nachweislich auch deren Lernbedingungen. Dies gilt auch und insbesondere für Lerninhalte und Raumkonzepte.

Die formale Stärkung von Mitbestimmungsrechten allein genügt jedoch nicht. Junge Menschen müssen befähigt werden, diese Rechte auch wahrzunehmen. Nicht alle Schülerinnen und Schüler bringen dafür die notwendigen Voraussetzungen aus ihrem sozialen Umfeld mit. Formate des demokratischen Lernens wie z.B. entsprechende Unterrichtseinheiten im Klassenverbund sind daher ebenso notwendig wie zeitliche Möglichkeiten für die Klassenverbände, sich regelmäßig über die Belange der Schülerinnen und Schüler auszutauschen.

Digitale Teilhabe für alle

Wer in der modernen Gesellschaft zurechtkommen will, muss die technischen und rechtlichen Strukturen der digitalen Welt kennen und verstehen. Medienkompetenz ist jedoch mehr als der versierte Umgang mit Geräten und Anwendungen. Sie muss dazu befähigen, selbstbestimmt, kreativ und sozial verantwortlich mit den neuen Medien umzugehen, sie zur Gestaltung der eigenen Lebenswelt und zur gesellschaftlichen Teilhabe zu nutzen. Die Vermittlung von Medienkompetenz muss daher in den schulischen Lehr- und Bildungsplänen verpflichtend und fächerübergreifend verankert werden.

2. Mehr Freiräume in der Ausbildung

Freiräume zu haben bedeutet zuallererst über sichere Perspektiven zu verfügen. Wer nach der Schulzeit keinen Ausbildungsplatz bekommt, wird zwar über Zeit verfügen, diese aber wohl kaum als Gewinn betrachten. Deshalb müssen Jugendliche bei der Berufsorientierung schon in der Schule unterstützt und aktiv eingebunden werden. Für das Aufzeigen möglicher beruflicher Werdegänge und Chancen ist es dabei von Vorteil, ein umfassendes Bild der realen (Arbeitsmarkt-)Situation und entsprechenden Möglichkeiten zu erhalten. Die Jugendberufsagenturen, die derzeit bundeweit eingeführt werden, und andere kommunale Initiativen des Übergangsmangements von Schule in Ausbildung/Beruf leisten hierbei bereits wertvolle Unterstützung. Der direkte und vielfältige Austausch mit Personen, denen den Einstieg in das Berufsleben nach der Schule bereits erfolgreich gelungen ist, kann diesbezüglich ein weiteres hilfreiches Instrument darstellen: Praxisnahe Berichte über unterschiedliche Berufsfelder ermöglichen jeder Jugendlichen und jedem Jugendlichen einen umfassenden Überblick. Der Zugang zum dualen Ausbildungssystem muss für alle Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz wünschen, der Normalfall sein und ggf. durch branchenspezifische Ausbildungsfonds solidarisch finanziert werden. Ausbildungsplatzbewerber/innen, für die kein ihren Wünschen und Eignungen entsprechender, betrieblicher Ausbildungsplatz vorhanden ist, muss bei einem Träger oder in einer berufsbildenden Schule ein öffentlich geförderter Ausbildungsplatz mit betrieblichen Qualifizierungsanteilen zur Verfügung gestellt werden. (Ausbildungsplatzgarantie).

Um stärkere Durchlässigkeit in der beruflichen Bildung zu gewährleisten, ist es zudem notwendig, dass Jugendliche mit Startschwierigkeiten vor Anfang der Ausbildung die Möglichkeit gegeben wird, ihre reguläre Ausbildung von Beginn an länger zu gestalten. Dabei sollten auch Modelle berücksichtigt werden, die bereits Berufsvorbereitende Maßnahmen im Betrieb enthalten (Beispiel „Start in den Beruf“ oder „Anlauf zur Ausbildung“).

Konkret wollen wir folgende Projekte angehen:

Arbeitszeitbedingungen verbessern

Für junge Menschen in Ausbildung sind die Arbeitszeitbedingungen im Ausbildungsberuf entscheidend im Hinblick auf zeitliche Freiräume. In Branchen wie dem Hotel- und Gaststättengewerbe, aber auch in Sozial- und Pflegeberufen mit Schichtdienst dient die freie Zeit am Tag häufig ausschließlich der Regeneration. Mehr als ein Drittel der Auszubildenden müssen zudem laut DGB-Ausbildungsreport 2014 regelmäßig Überstunden leisten – und auch hier sind Auszubildende aus dem Gastgewerbe und dem Handwerk besonders betroffen. Fast 20% der Auszubildenden arbeiten wöchentlich mehr als 40 Stunden. Selbst regelmäßige wöchentliche Arbeitszeiten von mehr als 45 Stunden gehören für immerhin 6 Prozent der Befragten zum Alltag. Die hohen Vertragslösungsquoten in den betroffenen Ausbildungsberufen belegen, dass ein solcher Alltag für viele junge Menschen nicht lange durchhaltbar ist. Wir fordern daher eine Qualitätsoffensive für die duale Ausbildung - insbesondere in der Gastronomie sowie den Sozial- und Pflegeberufen und lehnen Veränderungen im Arbeitszeitgesetz, die den Gesundheits- und Arbeitsschutz gerade auch für jüngere Beschäftigte verschlechtern würden, strikt ab.

Teilzeitausbildungen stärken

Ausbildungsmodelle in Teilzeit sind ein gutes Instrument, um den besonderen Vereinbarkeitsbedürfnissen junger Eltern gerecht zu werden. Die derzeit oft unsichere Finanzlage der Betroffenen, die mit Ausbildungsantritt aus dem ALG II herausfallen und danach auch unter Beantragung mehrerer Einzelleistungen oft weniger Geld zur Verfügung haben, schrecken jedoch viele junge Mütter und Väter ab. Wir wollen daher erstens die Einrichtung eines Unterstützungs-/Härtefallfonds prüfen und zweitens durch eine Umkehrung der Beweislast im SGBVIII (d.h. die Jugendämter müssen nachweisen, dass eine Hilfe nicht mehr nötig ist) dafür sorgen, dass die Jugendhilfe Jugendliche in Ausbildung mit dem entsprechenden Bedarf auch nach ihrem 18. Geburtstag begleitet. Insbesondere junge Alleinerziehende sind z.B. mit Antragstellungen und Behördengängen neben Familie und Ausbildung überfordert. Grundsätzlich begrüßen wir eine monatliche Weiterbildungsprämie, die für junge Erwachsene bei einer 2. oder 3. Chance auf Ausbildung die große Lücke zwischen einem Einkommen mit Hilfsjobs und der Ausbildungsvergütung abbaut und so einen Anreiz für eine duale Ausbildung setzt.

Freistellungsmöglichkeiten für Engagement verbessern

Engagierte Jugendliche in Ausbildung nehmen die bestehenden Freistellungsmöglichkeiten von der Arbeit immer weniger in Anspruch, weil sie davon berufliche Nachteile befürchten. Wir wollen daher durch ein Freistellungsgesetz mit Kostenerstattung für die Betriebe sicherstellen, dass Auszubildende und junge Erwerbstätige die bestehenden Freistellungsmöglichkeiten auch tatsächlich nutzen.

Grenzen der Erreichbarkeit

Ausbildung ist ein Lehr- und Lernverhältnis, bei dem die Grenzziehung zwischen Betrieb und Privatleben eine besonders hohe Bedeutung hat. Flexible Arbeitsmöglichkeiten wie Laptops und Handys können je nach Ausbildungsstand, -beruf und Branche auch für Auszubildende notwendige Hilfs- und Arbeitsmittel sowie eine Chance sein, Ausbildung, Familie und Engagement miteinander zu vereinbaren. Da es sich bei der Ausbildung jedoch um ein Lern- und nicht um ein Arbeitsverhältnis

handelt, muss zum Schutz der Auszubildenden die ständige Erreichbarkeit durch den Arbeitgeber streng begrenzt werden.

Wir unterstützen die Tarifpartner bei der Umsetzung entsprechender Regelungen in Betriebsvereinbarungen oder ähnlichem. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir auch ausdrücklich den von der Bundesregierung angestoßenen Dialogprozess „Arbeiten 4.0.“ zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft insgesamt.

3. Mehr Freiräume in der Hochschulzeit

Nicht zuletzt mit der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge haben sich die Bedingungen für Studierende verändert. Die Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses ist noch nicht an allen Hochschulen erfolgreich gelungen. Hinzu kommt für die allermeisten Studierenden die Notwendigkeit zur Erwerbstätigkeit neben dem Studium: 61% der Studierenden gehen zusätzlich arbeiten.

Eine der Grundvoraussetzungen für ein Hochschulstudium, das Zeit und Raum für den Blick über den fachlichen Tellerrand hinaus lässt, ist natürlich die Sicherung der materiellen Lebensgrundlage. Daher ist eine umfassende Reform der Studienfinanzierung auch weiterhin ein zentraler Baustein für mehr Zeitautonomie von Studierenden und bleibt ein zentrales Ziel sozialdemokratischer Jugendpolitik. Dabei muss es auch um eine Anerkennung des Status quo, in dem 70% der Studierenden ihre Examina erst nach der vorgesehenen Regelstudienzeit ablegen, gehen.

Wir benötigen eine Initiative, die die tatsächlichen Studienzeiten mit den durch das BAföG finanzierten Zeiten in Einklang bringt.

Besserstellung engagierter Jugendlicher im Bafög

Die Karenzzeiten beim Bafög für Studierende, die sich in Hochschulgremien oder anderswo engagieren, müssen stärker als bisher mit den hochschulrechtlichen Karenzregelungen vereinheitlicht werden. Dort, wo Hochschulen inner- und außeruniversitäres Engagement gleichstellen, muss diese Gleichstellung auch beim Bafög gelten und eine entsprechende Verlängerung der Förderdauer nach sich ziehen (Einrichtung eines Freisemesters auch für außeruniversitäres Engagement.).

Mehr Möglichkeiten für Teilzeit-Studium

Insbesondere für solche Studierende, die durch Kindererziehung oder Pflege Familienverantwortung haben und/oder nebenher erwerbstätig sind, müssen die Möglichkeiten verbessert werden, ein Studium bei entsprechender Verlängerung auch in Teilzeit zu absolvieren. Dies scheitert heute oft an den Regelungen zur Studienfinanzierung (Anrechnung von Einkommen) – sie sind daher entsprechend anzupassen. Daneben wirken wir auf eine Abschaffung von Anwesenheitspflichten hin. Sie stellen insbesondere für Studierende mit Mobilitätseinschränkungen und familiären Verpflichtungen ein Hindernis dar. Diese dürfen nicht durch das Vorenthalten von Lehrmaterialien, die es nur in der Veranstaltung gibt, benachteiligt werden.

Mehr prüfungsfreie Ferienzeiten für Studierende

Wir setzen uns für mehr geschützte und prüfungsfreie Ferienzeiten an Hochschulen ein. Auch Studierende benötigen innerhalb eines Jahres Freiräume, die nicht durch Lehrveranstaltungen oder Prüfungsvorbereitungen geprägt sind. Sie hätten damit in der vorlesungsfreien Zeit auch die Möglichkeit zum gesellschaftlichen Engagement, ohne dass dies Nachteile für das Studium nach sich zieht.

Digitale Hochschule

Wenn etwa Vorlesungen internationaler Spitzenuniversitäten jederzeit online verfügbar sind, entstehen Freiräume bei der Zeiteinteilung, die noch stärker im Sinne der Studierenden genutzt werden müssen. Diese Chancen der Digitalisierung wollen wir auch an unseren Hochschulen stärker als bislang nutzen. Zugleich bleibt das Angebot von Präsenzlehre an Hochschulen unerlässlich. Die Digitale Lehre darf nicht zur Verdrängung des Präsenzstudiums führen, sondern ist als eine sinnvolle Ergänzung dazu einzusetzen („Blended Learning“).

Demokratisierung von Hochschulen

Mitspracherechte muss es für alle Mitglieder einer Hochschule geben. Daher braucht es in der akademischen Selbstverwaltung eine angemessene Beteiligung durch alle an der Hochschule vertretenen Gruppen. Doch auch die Möglichkeiten der studentischen Selbstverwaltung müssen durch in den Hochschulgesetzen verfasste Studierendenschaften sichergestellt werden.

4. Freiraum Freiwilligendienst stärken und öffnen

Jugendfreiwilligendienste sind beliebt, weil sie jungen Menschen – häufig im Anschluss an den Schulabschluss – eine Bildungs- und Orientierungsphase eröffnen. Der seit Jahren sehr hohen Nachfrage steht jedoch durch die Einführung des altersoffenen und durch den Bund verwalteten Bundesfreiwilligendienstes - als Ersatz für den ausgesetzten Zivildienst im Jahr 2011 – eine schwierige Doppelstruktur gegenüber.

Bundesfreiwilligendienst und Jugendfreiwilligendienste als Lerndienste stärken.

Wir wollen die Jugendfreiwilligendienste gemeinsam mit den Ländern so ausbauen, dass jedem Jugendlichen, der einen Freiwilligendienst leisten will, ein Platz angeboten werden kann.

Auch im altersoffenen Bundesfreiwilligendienst wollen wir sicherstellen, dass alle interessierten jungen Menschen unter 27 Jahren einen Platz erhalten und der Bundesfreiwilligendienst damit auch ein Lerndienst für junge Menschen bleibt. Dazu soll auch bei der pädagogischen Begleitung die nötige Differenzierung zwischen den Bildungsangeboten für jüngere und ältere Teilnehmer erfolgen.

Wir wollen dazu beitragen, dass Interessierte unter und über 27 Jahren gleiche Chancen auf einen Bundesfreiwilligendienst haben und dafür sowohl die derzeit unterschiedliche Anzahl der Bildungstage als auch die Pauschalleistungen an die Träger auf ihre Anreizwirkung hin überprüfen. Wir begrüßen die derzeitige Regelung, wonach Platzkontingente für Lebensjüngere für den Herbst (d.h. das Ende des Schul- und den Beginn des Ausbildungsjahres) freigehalten werden, und plädieren für deren Verstetigung.

Mittelfristig wollen wir einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst für Jugendliche und junge Erwachsene im Jugendfreiwilligendienst und Bundesfreiwilligendienst einführen. Eine dementsprechende Platzerhöhung sollte in beiden Diensten gleichermaßen stattfinden. Wir appellieren an Bund und Länder, ebenso gleichermaßen für die entsprechende finanzielle Ausstattung zu sorgen.

Freiwilligendienste und Erwerbsarbeit klar abgrenzen

Freiwilligendienste brauchen eine klare Abgrenzung zu arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen sowie zum Niedriglohnbereich, um eine Instrumentalisierung von engagierten Jugendlichen als reguläre Arbeitskräfte z.B. in der Pflege zu verhindern.

Die Arbeitsmarktneutralität der Freiwilligendienste wollen wir konsequent durchsetzen und die Möglichkeit der Kombination zwischen einem Bundesfreiwilligendienst und einem Mini-Job beim gleichen Arbeitgeber durch eine gesonderte gesetzliche Regelung unterbinden.

Freiwilligendienste für mehr Jugendliche öffnen

Wir setzen uns für eine weitere Öffnung der Freiwilligendienste für Jugendliche ein, die ohne Abitur aus Nicht-Mittelschichtsfamilien kommen und/oder Migrationshintergrund haben. Dafür überprüfen wir die Gründe ihrer Unterrepräsentanz und die derzeitigen Fördermöglichkeiten. Als letzter Schritt kann auch die Einführung von Förderquoten notwendig sein.

Wir wollen außerdem prüfen, ob jungen Freiwilligen mit einem besonderen Förderbedarf die Möglichkeit eröffnet werden kann, das FSJ, FÖJ oder den BFD auch mit einer geringeren Stundenzahl zu absolvieren. Damit könnte Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen, z.B. jungen Eltern der Zugang zum Freiwilligendienst eröffnet werden.

Internationale Mobilität ermöglichen

Begegnungen und Austausch mit Menschen aus anderen Ländern und Kulturen tragen zur Persönlichkeitsentwicklung, Toleranz und letztlich zu einem friedlichen Miteinander bei. Wir wollen, dass die Teilnahme am internationalen Jugendaustausch für alle Jugendlichen möglich gemacht und für junge Menschen aus schwierigen sozialen Verhältnissen aktiv gefördert wird.

5. Den Berufseinstieg gestalten

Die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ist zwar verhältnismäßig gering, der Anteil junger Menschen in prekärer Beschäftigung jedoch umso höher: 2010 waren 36,8% aller Erwerbstätigen unter 30 Jahren atypisch beschäftigt (also in Leiharbeit, Zeitarbeit, Teilzeit, befristeten Stellen, Mini-Jobs etc.). Eine sichere Lebensplanung ist damit unmöglich. Die Jugendphase verlängert sich unfreiwillig, insbesondere über den Zwang, weiterhin bei den Eltern zu leben. Langfristige ökonomische Sicherheit ist also die Voraussetzung für (Zeit-)Autonomie. Für einen gelingenden Berufseinstieg in gute Arbeit sind zudem eine gute Unterstützung beim Übergang aus Schule zur Ausbildung und damit eine bessere Verzahnung der beteiligten Institutionen vor Ort notwendig.

Gute Arbeit heißt auch für junge Menschen: angemessen entlohnt, in der Regel unbefristet und sozial abgesichert. Die Ausweitung des Niedriglohnsektors und die damit einhergehende Notwendigkeit für erwerbstätige junge Menschen, gleichzeitig zwei oder drei Jobs auszuüben, reduziert zeitliche Freiräume auf Null. Ähnliches gilt durch den erheblichen bürokratischen Aufwand, wenn der-Bezug von ergänzenden Sozialleistungen notwendig ist. Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und der Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen hat die SPD wichtige Punkte durchsetzen können, die auch für viele junge Menschen eine erhebliche Verbesserung darstellen.

Wir machen uns grundsätzlich darüber hinausgehend für folgende Punkte stark.

Mindestlohn für alle

Wir bleiben dabei, dass wir grundsätzlich einen Mindestlohn für alle wollen. Die Ausnahmeregelungen beim Mindestlohn für unter 18jährige sind eine Altersdiskriminierung, da sie es Arbeitgebern ermöglichen, Arbeitnehmer/innen für die gleiche Tätigkeit aufgrund ihres Alters unterschiedliche Löhne zu zahlen. Die Behauptung, junge Menschen würden durch einen Stundenlohn von 8,50 Euro von einer Ausbildung abgehalten, ist nicht plausibel. Denn schon heute liegen die Stundenlöhne für Ungelernte in vielen Branchen über der entsprechenden Ausbildungsvergütung.

Wir wollen daher, dass auch diese Regelung im Mindestlohngesetz sobald wie möglich evaluiert wird.

Weiterbeschäftigung nach der Ausbildung

Planbarkeit und eine sichere Perspektive sind gerade für junge Menschen besonders wichtig - sowohl beim Übergang von der Schule in Ausbildung als auch beim Übergang von der Ausbildung ins Berufsleben. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns dafür ein, dass im Berufsbildungsgesetz analog zum Betriebsverfassungsgesetz eine Ankündigungsfrist bei beabsichtigter Nicht-Übernahme z.B. von drei Monaten geregelt wird.

Sachgrundlose Befristung abschaffen

Unbefristete Arbeitsverträge müssen auch für junge Menschen wieder die Regel werden. Eine sichere Lebens- oder Familienplanung wird durch den permanenten Übergang von einer Befristung zur nächsten und zur ständigen räumlichen Mobilität unmöglich gemacht. Wir wollen daher auch weiterhin das Teilzeit- und Befristungsgesetz reformieren, die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen abschaffen und den Katalog möglicher Befristungsgründe überprüfen.

Rückkehrrecht aus Teilzeit einführen

Viele junge Eltern benötigen zumindest für einige Jahre eine Beschäftigung unterhalb von Vollzeit, um den Spagat zwischen Beruf, Familie und Haushalt leisten zu können. Damit jedoch familienbedingte Teilzeit nicht schon am Beginn der Erwerbsbiographie zur Sackgasse wird, unterstützen wir nachdrücklich die Einführung eines Rechtsanspruchs auf befristete Arbeitszeitreduzierung, also die Ergänzung des Rechtsanspruches auf Teilzeitarbeit um ein Rückkehrrecht zur vorherigen Arbeitszeit ergänzen.